

Pressemitteilung – 26.09.2016

**AKTIONSBÜNDNIS GEGEN DIE SÜD-OST-TRASSE UND
BUND NATURSCHUTZ FORDERN EINE DEZENTRALE
ENERGIEWENDE OHNE MEGATRASSEN -**

ERDVERKABELUNG LÖST DAS PROBLEM NICHT!



Ab dem 26.09.2016 wird die Politik und die Öffentlichkeit von Netzbetreiber TenneT über die Planungsentwürfe zum SuedOstLink informiert. Damit sollen vollendete Tatsachen geschaffen werden. Umso wichtiger ist es, dass auch die Bürgerinitiativen entlang des ursprünglich geplanten Trassenkorridors aktiv bleiben und weiterhin zu ihrem Wort stehen, sich - gemeinsam mit dem BUND Naturschutz - gegen einen überdimensionierten Netzausbau einzusetzen, ungeachtet dessen, welchen Verlauf die Stromleitungen nehmen: Der Netzausbau betrifft jeden Befürworter der Energiewende und jeden Stromkunden. Die geplanten Gleichstromtrassen und die dadurch bedingten massiven Aufrüstungen von Wechselstromleitungen zerstören die Energiewende und widersprechen dem Umweltschutz.

Der Widerstand gegen den überdimensionierten Netzausbau wird weiterhin nicht nachlassen. Im Gegenteil: Bei einer Presseveranstaltung in Wunsiedel am 14.09.2016 verdeutlichte ein breites regionales Bündnis von Gegnern der Süd-Ost-Trasse von Weiden bis Hof, von Bayreuth bis Marktredwitz ihre Ablehnung gegen das Mega-Projekt, das die Steuerzahler Milliarden Euro kosten würde. Aktionsbündnis gegen die Süd-Ost-Trasse, Bund Naturschutz, Aarhus Konvention Initiative, Fichtelgebirgsverein und Bauernverband Wunsiedel sind sich einig: Diese Trasse ist unnötig!

Die Netzplanung hat keine korrekte rechtliche Grundlage. Das Bündnis fordert ein Planungsmoratorium, bis die rechtliche Grundlage angepasst ist, sonst droht eine milliardenschwere Fehlinvestition. Die Pläne müssen zudem komplett auf den Prüfstand kommen und unabhängig beurteilt werden. Wir kritisieren die Haltung der Bayerischen Landesregierung, welche die Diskussion für beendet erklärt hat, ohne nachvollziehbare Belege für die Notwendigkeit geliefert zu haben. Damit missachtet sie die Interessen der Bürgerinnen und Bürger. Der geplante überdimensionierte Übertragungs-Netzausbau in Deutschland, gemeinsam mit der Novellierung des EEG vom 8. Juli, ist der Todesstoß für die dezentrale Energiewende.

Fast unbemerkt von der Öffentlichkeit fand die Konsultation der Bundesnetzagentur zu ihren Entwürfen für zukünftige Eigenkapitalzinssätze für die Elektrizitäts- und Gasnetzbetreiber statt. Die Bundesnetzagentur legt diese Zinssätze fest, die die Netzbetreiber für ihre Wirtschaftlichkeitsberechnung ansetzen dürfen. Die resultierenden Kosten tragen wir Stromkunden. Die Zinssätze sollen für Neuanlagen von 9,05 auf 6,91 und für Altanlagen von 7,14 auf 5,12 Prozent gesenkt werden. Im risikolosen Oligopol-Markt der Übertragungs-Netzbetreiber ist dies immer noch viel zu hoch. Zum Vergleich: Die zehnjährigen Bundesanleihen sind aktuell auf etwa minus (!) 0,1 Prozent gesunken. Also vergoldete Anlagemöglichkeiten für Finanzinvestoren der Übertragungs-Netzbetreiber. Darin sehen wir das eigentliche Interesse hinter der überdimensionierten Übertragungsnetzplanung.